Beschlussvorschlag:

1. Der Jugendhilfeausschuss appelliert an die Kommunalaufsicht, Bezirksregierung und an das Landesministerium, die Auffassung, dass die Höhe der Elternbeiträge als „freiwillige Ausgabe“ angesehen werden sollen, neu zu bewerten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, rechtliche Schritte zu prüfen, um die Auffassung des Jugendhilfeausschusses juristisch gegenüber den übergeordneten Behörden durchzusetzen.
3. Der Bürgermeister wird aufgefordert, im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2014 ff alternative Einsparungspotenziale aufzuzeigen, die eine Beibehaltung der Geschwisterkindregelung sicherstellt.
4. Der Jugendhilfeausschuss spricht sich aus fachpolitischer Sicht für die Beibehaltung der Geschwisterkindregelung aus und fordert den Rat der Stadt auf, im Rahmen der Haushaltsberatungen 2014 für entsprechende Deckungsvorschläge zum Ausgleich der Mindereinnahmen aus den Elternbeiträgen Sorge zu tragen.